Profite für Oligarchen

EU-Hilfen Unternehmen plündern die krisengebeutelte Ukraine mit Steuersparmodellen aus. Die EU schaut zu und genehmigt neue Hilfen für Kiew.

VINCENT MUNDY / BLOOMBERG / GETTY IMAGES

Eisenerztagebau in der Ukraine: Simpler Trick

Fast drängt sich der Eindruck auf, die EU habe ihre Lektion gelernt. Die Skandale um luxemburgische Steuerschlupflöcher (»Lux-Leaks«) und solchen in Mittelamerika (»Panama Papers«) beschäftigten im Europaparlament gleich mehrere Ausschüsse. Die Botschaft: Für windige Steuervermeidungstechniken hat Europa kein Verständnis mehr.

Doch das ist allenfalls die halbe Wahrheit. Wenn es politisch nützlich erscheint, ist die EU in der Lage, solche Schlupflöcher geflissentlich zu übersehen – und nebenbei noch viel Geld hinterherzuschießen, wie das Beispiel der Ukraine zeigt.

Seit dem Assoziierungsabkommen von 2014 unterstützt die EU das Krisenland – alle Hilfen und Kredite zusammengerechnet – mit rund 11 Milliarden Euro. Eine gewaltige Summe für ein Land, dessen jährliche Wirtschaftsleistung bei rund 92 Milliarden Euro liegt. Erst am vergangenen Freitag sagte der für Finanzpolitik zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis, eine weitere Milliarde Euro als sogenannte Makrofinanzhilfe zu. Doch mit jedem Euro wachsen die Zweifel, ob das Geld gut investiert ist.

Neuen Anlass bietet eine Studie, die die Fraktion der Linken und nordischen Grünen im Europaparlament in Auftrag gegeben hat und die dem SPIEGEL vorliegt. Demnach entgehen dem ukrainischen Staat jedes Jahr mehrere Hundert Millionen Euro Einnahmen, weil Firmen mit Steuersparmodellen arbeiten. Beliebtes Vehikel ist der Verkauf von Eisenerz, Stahl und Agrarprodukten. Die Firmen legen viel zu niedrige Verrechnungspreise zugrunde, um die Gewinne in der Ukraine – wo die Unternehmensteuern vergleichsweise hoch sind – zu schmälern.

Unter den Profiteuren sind einige jener Oligarchen, die seit dem Untergang der Sowjetunion Beute machen. Roman Abramowitsch, bekannt als Eigentümer des britischen Premier-League-Clubs Chelsea, war bis 2017 an der Eisenerzförderung beteiligt. Auch Unternehmen in der Schweiz und der EU mischen mit.

Die Probleme sind in Brüssel bekannt, dennoch lassen viele Abgeordnete noch immer Milde walten, sobald es um die Ukraine geht. Die Folge, so klagt der Europaparlamentarier der Linken Helmut Scholz: »Es werden noch immer Blankoschecks in Geld und Vergünstigungen an Oligarchengruppen verteilt.«

Der Trick mit den Verrechnungspreisen ist simpel. Die Niederlassung eines Konzerns in einem Land mit hohen Steuern, also der Ukraine, verkauft ihre Produkte an einen anderen Unternehmensteil in einem Land mit niedrigen Steuern – zu einem Preis, der unter dem Marktpreis liegt. In der Folge fallen in der Ukraine weniger Profite an, die zu versteuern sind.

Besonderer Beliebtheit, so die Studienautoren, erfreue sich das Modell beim Export von Eisenerz, einem der wenigen Wirtschaftszweige, bei denen die Ukraine auf dem Weltmarkt mithalten kann. »Das Ergebnis unserer Studie zeigt, dass in den vergangenen drei Jahren (zwischen 2015 bis 2017) Eisenerzexporte aus der Ukraine mindestens um 20 Prozent unterbewertet verrechnet wurden«, heißt es in der Untersuchung, die am Montag veröffentlicht wird. Das entspricht etwa 520 Millionen Dollar an Gewinnen, auf die in der Ukraine keine Steuern anfallen.

Das Wegschauen der EU hat Gründe. Wegen der russischen Aggression im Osten des Landes wollen viele Europaabgeordnete nicht allzu genau wissen, wie es um Korruption oder Rechtsstaatsverletzungen bestellt ist. Zudem stehen 2019 Wahlen an, und Brüssel will alles vermeiden, was den angeschlagenen Präsidenten Petro Poroschenko schwächt. »Es gibt keine Zweifel: Die Ukraine wird in der EU milder behandelt als andere Länder«, sagt der Außenpolitikexperte der SPD im Europaparlament Knut Fleckenstein.

Dabei seien die Anzeichen, dass der ukrainische Staat mit Steuervermeidungsmodellen ausgeplündert wird, eindeutig, so die Studienverfasser. Als Beispiel nennen sie unter anderem das Schweizer Rohstoffkonglomerat Ferrexpo und dessen Tochter, ein ukrainisches Minenunternehmen. Dieses müsste eigentlich besser dastehen, doch im Vergleich zu den Gewinnen der Schweizer Ferrexpo fallen die Profite des ukrainischen Unternehmens enttäuschend aus. Steuerexperten werten das als Hinweis auf unerlaubte Gewinnverschiebung. Die lohnt sich, denn die Steuersätze in der Schweiz liegen deutlich unter den 18 Prozent der Ukraine. Ferrexpo wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern.

Eigentlich sollen sich Staaten bei ihrer Steuergesetzgebung an den Regeln der Industrieländerorganisation OECD orientieren, etwa dem sogenannten Fremdvergleichsgrundsatz. Danach sollen sich die Preise zwischen verbundenen Unternehmen an denen orientieren, die üblicherweise zwischen Geschäftspartnern gelten. Doch die ukrainischen Behörden tun sich schwer, die Preisbildung in den Konglomeraten nachzuvollziehen.

Nicht nur beim Eisenerz, auch bei Stahl und in der Landwirtschaft werde getrickst, so die Experten. Sie rechnen ihre Erkenntnisse aus dem Bergbau auf die anderen Branchen hoch und kommen so auf eine Gewinnverlagerung zulasten der Ukraine von rund drei Milliarden Euro.

Daraus resultieren Steuerausfälle in Höhe von jährlich bis zu 750 Millionen Euro, so die Studie. Das ist beinahe der gleiche Betrag, den Dombrowskis in Kiew an neuen EU-Hilfen versprach.

Peter Müller, Christian Reiermann